

PARLAMENT DER DG Parlamentspräsidentin Patricia Creutz-Vilvoye Platz des Parlaments 1 4700 Eupen

Eupen, den 17.03.2025

#### **RESOLUTIONS VORSCHLAG**

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, DEN EU-MINISTERRAT, DIE FÖDERALE ABGEORDNETENKAMMER, DIE FÖDERALREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR EINFÜHRUNG EINES GESETZES, DAS EIN MINDESTALTER VON 16 JAHREN FÜR DIE NUTZUNG SOZIALER MEDIEN FESTLEGT SOWIE STRAFMASSNAHMEN FÜR PLATTFORMEN, DIE ES VERSÄUMEN, EINE KORREKTE ALTERSVERIFIKATION DURCHZUFÜHREN

### **BEGRÜNDUNG**

In Anbetracht der zunehmenden Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche und der damit verbundenen Risiken für ihre psychische und physische Gesundheit sowie der Gefahren von Cybermobbing, Datenschutzverletzungen und unzureichender Medienkompetenz möchten wir ein wichtiges Thema zur Diskussion stellen. In Australien wurde kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das Betreiber von Plattformen sozialer Medien verpflichtet, Personen unter 16 Jahren den Zugang zu ihren Plattformen zu verwehren.¹ Dieses Gesetz stellt einen bedeutenden Schritt zum Schutz junger Menschen im digitalen Raum dar und könnte als Vorbild für die Gesetzgebung in Belgien und der Europäischen Union dienen.

Der Einfluss sozialer Medien auf das Leben und die Entwicklung junger Menschen wächst kontinuierlich, wodurch sowohl Chancen als auch Risiken entstehen. Besonders bei der Nutzung von Plattformen wie Facebook, Instagram, TikTok, Snapchat und anderen sozialen Netzwerken sind die jugendspezifischen Auswirkungen in Bezug auf psychische Gesundheit, Datenschutz, Cybermobbing und unangebrachte Inhalte beachtlich.

Der Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum stellt eine der größten Herausforderungen der heutigen Gesellschaft dar. Studien belegen, dass insbesondere junge Menschen unter 16 Jahren noch nicht die notwendige Reife besitzen, um die langfristigen Auswirkungen der Nutzung sozialer Medien vollständig zu verstehen, die

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> https://www.grenzecho.net/114369/artikel/2024-11-07/australien-will-soziale-medien-erst-ab-16-jahren-erlauben.





Risiken in vollem Umfang abzuschätzen und dem negativen Einfluss der in den Algorithmen programmierten, süchtig machenden Mechanismen zu widerstehen.<sup>2</sup>

Die Altersverifikation und -kontrollen auf den sozialen Medienplattformen sind oft unzureichend, was dazu führt, dass Jugendliche unter 16 Jahren Zugang zu Inhalten haben, die nicht für ihre Altersgruppe geeignet sind. Diese Missachtung von Altersgrenzen stellt eine ernsthafte Gefährdung der psychischen und physischen Gesundheit von Minderjährigen dar.

Es besteht die Notwendigkeit einer klaren Regulierung. Einheitliche Altersgrenzen und verbindliche Altersverifikationssysteme sind erforderlich, um die Nutzung sozialer Medien sicherer zu gestalten und die Rechte von Minderjährigen zu schützen. In diesem Kontext sollte ein Mindestalter von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien festgelegt werden. Das Verbot für unter 16-Jährige könnte dazu beitragen, die oben erwähnten Risiken signifikant zu verringern und jungen Menschen eine gesündere Entwicklung in einer zunehmend digitalen Welt zu ermöglichen. Angesichts der transnationalen Bedeutung dieses Themas wäre es sinnvoll, nicht nur in Belgien, sondern auch auf EU-Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um einheitliche Standards für den Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum zu schaffen.

Einige bedeutende wissenschaftliche Quellen und Forschungsarbeiten zu diesem Thema weisen schon seit etlichen Jahren auf diese Gefahren hin. Trotz dieser Warnungen wurde in Belgien 2018 das Mindestalter zur Erstellung eines Social-Media-Accounts ohne elterliche Erlaubnis von 16 auf 13 Jahre herabgesetzt.<sup>3</sup>

Diese Regelung bedeutet, dass Jugendliche ab 13 Jahren ohne elterliche Zustimmung soziale Medien nutzen können, während für Jüngere eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich ist. Die bestehenden Strafen auf föderaler und EU-Ebene beziehen sich dabei ausschließlich auf Verstöße gegen die Datenschutzvorgaben, nicht jedoch auf den generellen Zugang Minderjähriger zu sozialen Medien. <sup>4,5,6</sup> Daher ist eine gesetzliche Anpassung erforderlich, um das Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien auf 16 Jahre anzuheben und sicherzustellen, dass Plattformen eine effektive Altersverifikation durchführen.

Folgende wissenschaftliche Studien sollten Erwachsene, Eltern und Politiker in höchste Alarmbereitschaft versetzen. Es gibt weitaus mehr Studien als die hier genannten:

- Jean Twenge untersuchte die Generation der iGens, die mit digitalen Geräten und sozialen Medien aufgewachsen sind. Sie argumentiert, dass die Nutzung von Social Media zu einem Anstieg von Angststörungen, Depressionen und

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Artikel 221 und 222 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.



<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> https://www.anxiousgeneration.com/research/the-evidence.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> https://www.theguardian.com/media/2024/nov/29/how-australias-tough-social-media-ban-compares-to-laws-in-other-

 $countries \#: \sim : text = Australia \% 20 has \% 20 approved \% 20 a \% 20 social, \% 2C\% 20 Snapchat \% 2C\% 20 Reddit \% 20 and \% 20 X.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Artikel 83 Absatz 4 Buchstabe a) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Artikel 74 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG.



Schlafstörungen unter Jugendlichen geführt hat. Die Daten zeigen, dass die Nutzung von Smartphones und Social Media zu einer geringeren Lebenszufriedenheit führt, insbesondere bei Jugendlichen, die mehr als fünf Stunden pro Tag damit verbringen.<sup>7</sup>

- Die experimentelle Studie von Melissa G. Hunt, Rachel Marx, Courtney Lipson und Jordyn Young von der Universität Pennsylvania zeigte, dass das Reduzieren der Nutzung von Social Media auf nur 30 Minuten pro Tag signifikant zu einer Reduktion von Einsamkeit und Depressionen bei den Teilnehmern führte. Dies unterstützt die Theorie, dass intensive Social-Media-Nutzung negative psychologische Auswirkungen hat.<sup>8</sup>
- Die Studie von Daria J. Kuss und Mark D. Griffiths befasst sich mit der Suchtgefahr, die von sozialen Netzwerken ausgeht. Die Autoren erklären, wie Social-Media-Nutzung zu problematischem Verhalten und Sucht führen kann, insbesondere durch ständige Belohnungsmechanismen wie Likes und Benachrichtigungen.<sup>9</sup>
- Alfonso Pellegrino, Alessandro Stasi und Veera Bhatiasevi haben im November 2022 eine Studie veröffentlicht, wobei sie die vorhandene Literatur, global betrachtet, im Bereich der sozialen Medien überprüften und sich auf den Zeitraum 2013-2022 beziehen.<sup>10</sup>
- Auch die WHO fordert eine sofortige Maßnahme, um Jugendlichen zu helfen, die potenziell schädliche Nutzung sozialer Medien zu stoppen.<sup>11</sup>

Die Regierungen der belgischen Gliedstaaten haben nun endlich ein Verbot für Smartphones und Smartwatches in Primar- und Sekundarschulen eingeführt – eine Maßnahme, die längst überfällig war. Doch wir sind der Meinung, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Das Problem rund um soziale Medien betrifft nicht nur den Schulalltag, sondern auch das private Leben der Kinder und Jugendlichen.

Kaleido Ostbelgien hat einen ausführlichen Bericht über die telefonbasierte Kindheit erstellt und diese im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgestellt. <sup>12</sup> Die Erkenntnisse und fundierten Analysen sind ein weiterer Ruf danach, dass politisch gehandelt werden muss.

Es ist höchste Zeit, dass Erwachsene und Politiker Verantwortung übernehmen und sich für den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen im digitalen Raum einsetzen. Wenn Kinder aufgrund sozialer Medien in eine so tiefe Krise geraten, dass sie



<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> https://www.researchgate.net/publication/338282649\_Twenge\_J\_M\_2017\_iGen\_Why\_Today's\_Super-Connected\_Kids\_Are\_Growing\_Up\_Less\_Rebellious\_More\_Tolerant\_Less\_Happy-and\_Completely\_Unprepared\_for\_Adulthood\_and\_What\_That\_Means\_for\_the\_Rest\_of\_Us\_New\_York\_NY. 

8https://www.researchgate.net/publication/328838624\_No\_More\_FOMO\_Limiting\_Social\_Media\_Decrea ses\_Loneliness\_and\_Depression.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC5369147/pdf/ijerph-14-00311.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC9707397/pdf/fpsyt-13-1017506.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> https://www.dhnet.be/actu/sante/2024/09/25/loms-met-en-alerte-une-utilisation-de-plus-en-plus-problematique-des-reseaux-sociaux-chez-les-jeunes-europeens-AWQBKIQCRJA2XKNHLHSDAYUOSA/.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> https://www.kaleido-ostbelgien.be/fileadmin/Download\_Allgemein/2024-09-26\_Kaleido\_Bericht\_Smartphones.pdf.



Selbstmordgedanken entwickeln oder im schlimmsten Fall sterben, wie zuletzt der tragische Vorfall in Albanien zeigte, müssen wir sofort handeln. 13

Zu Beginn dieses Jahres sorgte der gefährliche TikTok-Trend "Paracetamol-Challenge" für Schlagzeilen. 14,15,16 Jugendliche fordern sich gegenseitig heraus, hohe Dosen des Schmerzmittels Paracetamol einzunehmen, oft mit fatalen Folgen. Ziel dieser gefährlichen Herausforderung ist es herauszufinden, wer nach einer Überdosis länger im Krankenhaus bleibt. Leider ist dieser Trend kein Einzelfall. 17 Solche extrem riskanten Challenges verbreiten sich rasant, oftmals ohne dass Eltern, Lehrer oder die Öffentlichkeit rechtzeitig davon erfahren. Dies stellt eine enorme Gefahr für die psychische und körperliche Gesundheit von Jugendlichen dar.

Die Einführung eines Mindestalters von 16 Jahren für die Nutzung sozialer Medien ist ein notwendiger Schritt, um die jungen Nutzer vor den potenziellen Gefahren digitaler Plattformen zu schützen. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, dass klare und durchsetzbare Regeln für die Altersverifikation eingeführt werden, die es den Plattformen ermöglichen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, und dass im Falle von Versäumnissen Sanktionen folgen. Dieser Resolutionsvorschlag fordert die Entwicklung eines umfassenden Gesetzesrahmens, der sowohl den Schutz von Minderjährigen stärkt als auch die Verantwortlichkeit der Plattformen in Bezug auf die Altersverifikation sicherstellt.

M. BALTER

A. MERTES

D. STIEL

E. PETERS

1

Delie

trees

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> https://www.dhnet.be/buzz/divers/2024/12/05/un-nouveau-challenge-tiktok-dangereux-fait-son-apparition-dans-les-cours-decole-un-eleve-hospitalise-suite-a-de-graves-blessures-RQZ75KRKFZF5TG3OUVJHSIRIRA/.



<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> https://www.grenzecho.net/116505/artikel/2024-12-22/albanien-schliesst-tiktok-fur-mindestens-einjahr.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> https://www.rtbf.be/article/le-centre-antipoisons-met-en-garde-contre-le-risque-de-surdose-de-paracetamol-11492031.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> https://www.lespecialiste.be/fr/actualites/face-au-paracetamol-challenge-le-ministre-coppieters-evoque-une-interdiction-de-tiktok.html.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> https://www.grenzecho.net/117801/artikel/2025-01-22/gefahrlicher-tiktok-trend-paracetamol-challenge-alarmiert-belgische-experten.



#### **RESOLUTIONS VORSCHLAG**

### Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

in Anbetracht der Tatsache, dass

- Kinder und Jugendliche keine jungen Erwachsenen sind und wir Erwachsene eine Verantwortung für Minderjährige haben;
- die Rechte der Minderjährigen geschützt werden müssen;
- Kinder und Jugendliche in sozialen Medien enormen Gefahren ausgesetzt sind;
- viele wissenschaftliche Studien diese Gefahren, das Suchtpotenzial und mögliche psychische und physische Schäden bestätigen;
- Tech-Unternehmen Verantwortung übernehmen müssen, denn sie verdienen sehr viel Geld auf Kosten von Kindern und Jugendlichen;
- das Ausmaß der Schäden erheblich schlimmer werden kann und es unsere Pflicht als politisch Verantwortliche und Volksvertreter ist, sofort einzugreifen;
- immer mehr Kinder und Jugendliche Selbstmordgedanken haben;
- extrem riskante Challenges sich rasant verbreiten, oftmals ohne dass Eltern, Lehrer oder die Öffentlichkeit rechtzeitig davon erfahren;
- jeder zum Opfer von Cybermobbing werden kann;
- der präfrontale Kortex bei Kindern und Jugendlichen nicht vollständig entwickelt ist und sie somit nicht die notwendige Reife besitzen, um die langfristigen Auswirkungen der Nutzung sozialer Medien vollständig zu verstehen, Risiken in vollem Umfang abzuschätzen und dem negativen Einfluss der in den Algorithmen programmierten, süchtig machenden Mechanismen zu widerstehen;
- die Eltern Rückendeckung seitens der Politik brauchen und verstärkt auf die Gefahren hingewiesen werden müssen;





### fordert das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den EU-Ministerrat, die föderale Abgeordnetenkammer und die Föderalregierung auf,

- 1. die Betreiber von Social-Media-Plattformen zu verpflichten, Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren den Zugang zu ihren Netzwerken zu verwehren;
- 2. den Social-Media-Plattformen eine Verpflichtung zur Installation gesicherter Altersverifikationssysteme aufzuerlegen;
- Sicherstellen, dass Plattformen, die keine wirksame Altersverifikation durchführen oder Minderjährigen unter 16 Jahren weiterhin Zugang zu sozialen Medien gewähren, strenger überwacht werden und dass gesetzliche Regelungen geschaffen werden, um den Zugang für Minderjährige unter diesem Alter zu untersagen;
- 4. Aufklärungsinitiativen zu fördern, die Erwachsenen und Jugendlichen den sicheren Umgang mit sozialen Medien vermitteln;
- 5. eine umfassende Regulierung der Veröffentlichung von Inhalten, die möglicherweise schädlich oder unangemessen für junge Nutzer sind, vorzunehmen und die Aufsicht darüber zu verstärken;
- 6. Plattformen verpflichten, ihre Algorithmen und Inhaltssteuerung transparenter zu gestalten, insbesondere im Hinblick auf den Schutz Minderjähriger vor riskanten Inhalten, und sicherstellen, dass die zuständigen Behörden gemäß Artikel 40 Nr. 3 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG umfassende Einblicke in die Funktionsweise dieser Systeme erhalten können;
- klare Richtlinien für unsere Gesellschaft festzulegen und den Eltern ein wirksames Instrument zur Verfügung zu stellen, das es ihnen ermöglicht, ihren Kindern zu vermitteln, dass die Nutzung sozialer Medien für sie ebenso verboten ist wie der Konsum von Nikotin, Alkohol oder Drogen;





### beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

- 8. ebenfalls Aufklärungsinitiativen zu fördern, die Erwachsenen und Jugendlichen den sicheren Umgang mit sozialen Medien vermitteln;
- 9. sich beim Europäischen Parlament, bei der Europäischen Kommission, beim EU-Ministerrat, bei der föderalen Abgeordnetenkammer und bei der Föderalregierung für die genannten Forderungen einzusetzen;
- 10. sich aktiv an der Gestaltung und Unterstützung dieser Regulierungen zu beteiligen und die Durchführung ähnlicher Maßnahmen auf regionaler Ebene zu prüfen.

M. BALTER A. MERTES D. STIEL E. PETERS

